

# RS OGH 1993/2/24 9ObA321/92

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.02.1993

## Norm

B-VG Art57

B-VG Art96 Abs2

nö GdVBG §39 Abs2 litb

## Rechtssatz

Die von einem Vertragsbediensteten erkennbar gegen den Gemeindegeschäftsführer öffentlich erhobenen Vorwürfe der Lüge und des Betruges bilden eine erhebliche Ehrverletzung eines Vorgesetzten im Sinne des § 39 Abs 2 lit b nö GdVBG, da damit der Rahmen sachlicher und gerechtfertigter Kritik in Beleidigungsabsicht überschritten wurde. Eine berufliche und außerberufliche Immunität für Mitglieder des Gemeinderates fehlt und auch die für Mitglieder der Gemeinderäte gleichfalls nicht geltende - außerberufliche Immunität nach Art 57 Abs 3 B-VG dem Abgeordneten zwar Schutz vor behördlicher Verfolgung wegen strafbare Handlungen, die nicht vom Schutz der beruflichen Immunität erfaßt sind und die mit der politischen Tätigkeit des betreffenden Abgeordneten in Zusammenhang stehen, bietet, aber keinen Schutz gegen zivilrechtliche Klagen, auch wenn diese politische Angelegenheiten betreffen.

## Entscheidungstexte

- 9 ObA 321/92  
Entscheidungstext OGH 24.02.1993 9 ObA 321/92  
Veröff: WBI 1993,257

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1993:RS0053484

## Dokumentnummer

JJR\_19930224\_OGH0002\_009OBA00321\_9200000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>